

Schulze nutzt den Rückenwind

Klima Kaum jemand kannte die Umweltministerin, als sie ins Amt kam. Viele befürchteten gar Schlimmes. Beschließt die große Koalition ein Klimapaket, wäre das Schulzes Meisterstück. *Von Igor Steinle*

Svenja wer?“ lautete die Reaktion vieler Beobachter im März vergangenen Jahres, als Svenja Schulze Nachfolgerin von Barbara Hendricks im Umweltministerium wurde. Kaum jemandem war die heute 50-Jährige aus Münster ein Begriff. In Nordrhein-Westfalen war sie lange Forschungsministerin unter Hannelore Kraft, nach ihrer Abwahl wurde sie SPD-Generalsekretärin. Sollten sich CDU, CSU und SPD nicht völlig verkracht haben, könnte Schulzes Bekanntheitsgrad rapide steigen. Denn mit den Beschlüssen des Klimakabinetts steht Schulze kurz vor ihrem umweltpolitischen Meisterstück.

„Unverschämtes wehrt sie mit der Beherrschung ab, die Zen-Buddhisten aufbringen.“

Aller Voraussicht nach wird die große Koalition ein weitreichendes Klimapaket vorstellen. Damit will die Bundesregierung, nachdem sie im vergangenen Jahr noch aus Sorge vor der Wirtschaft alles ausbremste, was nach mehr Klimaschutz roch, wieder Klima-Musterschüler in Europa werden. Ein Preis für CO₂, Förderung von Elektromobilität und zahlreiche weitere Maßnahmen, die teilweise schon in einem rund 130-seitigen Papier bekannt wurden, sollen die Einhaltung der Klimaziele 2030 garantieren und so den deutschen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung liefern. „Von einem Marshall-Plan für den Klimaschutz“, sprach CSU-Chef Markus Söder gar.

Dass dieser Kursschwenk möglich wurde, hat viel mit der gesellschaftlichen Relevanz zu tun, die das Thema erhalten hat, sowie mit einer Umweltministerin, die den Rückenwind klug für ihre Themen ausnutzen konnte. „Jetzt ist die Zeit zu Handeln“ ist ein Satz, den Schulze gerne wiederholt.

Dabei schlug ihr in der Hauptstadt anfangs vor allem Misstrau-

en entgegen. „Als langjähriges Mitglied der Bergbaugewerkschaft IG BCE muss Svenja Schulze gerade bei der zentralen Aufgabe des Kohleausstiegs schnell ihre Unabhängigkeit beweisen“, forderte Greenpeace-Sprecher Tobias Münchmeyer.

Das gelang Schulze zunächst nur bedingt. „Ich komme aus 'nem Industrieland. Ich weiß, dass man Arbeit und Umwelt nicht gegeneinander ausspielen darf“, sagte sie 24 Stunden nach ihrer Amtsübernahme, was bei Grünen und Umweltschützern für Entsetzen sorgte. Schulze betonte während der ersten Wochen oft, „rote Umweltpolitik“ machen zu wollen, was so viel bedeutet wie Umwelt, Soziales und Industrie miteinander versöhnen zu wollen. Je größer das Thema Klimaschutz jedoch wurde, desto stärker ergrünte Schulze im Laufe der Monate. Sie war eine der ersten, die erkannte, dass der Protest am Hambacher Forst nicht aus der links-extremen Ecke, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Im Streit um die Rodung des Waldstücks im rheinischen Kohlerevier schlug sie sich gegen den Energiekonzern RWE und ihre eigene Gewerkschaft auf die Seite der Demonstranten. Spätestens seit den Schülerstreiks und den Riesenwüchsen der Grünen ist klar, dass sie damit den richtigen Riecher bewiesen hat.

Schulze nutzte den Aufwind für ihre Themen und stellte im

Februar ein Klimaschutzgesetz vor – zum blanken Entsetzen der Union. Denn ihr Entwurf sah vor, dass alle Ressorts, die ihre Klimaziele verfehlen, drohende EU-Strafzahlungen aus eigenem Budget bezahlen müssen. Da die betroffenen Ministerien allesamt in Unionshand sind, galt Schulze fortan als rotes Tuch für Konservative. Von Planwirtschaft und Umweltdiktatur war die Rede.

Zur Person

Svenja Schulze kommt eigentlich aus der Forschungspolitik. Von 2010 bis 2017 war sie Wissenschaftsministerin in NRW. Auch im aktuellen Koalitionsvertrag hat sie den Forschungsteil mit ausgehandelt. Umwelterfahrung konnte sie 2005 bis 2010 als umweltpolitische Sprecherin im Landtag sammeln. Vor der Politik arbeitete die 50-jährige Vegetarierin als Unternehmensberaterin. *igs*



Svenja Schulze beim Besuch eines Recycling-Unternehmens. Foto: Ina Fassbender/dpa



Svenja Schulze bei der Eröffnung der Solar-Teststrecke in Erfstadt.

Foto: Imago/Jörg Schüller

Schulze ließ sich nicht beirren und reichte das Gesetz im Kanzleramt ein, woraufhin zur Kompromissfindung das sogenannte Klimakabinett ins Leben gerufen wurde. Ein Arbeitskreis aus allen Ministern, die mit CO₂-Ausstoß zu tun haben.

Mit Zähigkeit zum Erfolg

Dabei war lange unklar, ob Schulze überhaupt die eigene Partei im Rücken hat. Laut war das Schweigen, bis ihr im Streit um das Klimaschutzgesetz irgendjemand zur Seite sprang. Im Interview mit dieser Zeitung sagte sie: „Ich sehe vor allem den Finanzminister an meiner Seite.“ Das hielt Olaf Scholz nicht davon ab, kurz nachdem Schulze eine CO₂-Steuer gefordert hatte, das Vorhaben aus Angst vor der Bild-Zeitung öffentlich zu beerdigen. Die Umweltministerin plane einen „Steuer-Hammer bei Benzin und Heizöl“ schrieb das Blatt.

Auch die Union lief Sturm gegen die Abgabe. Schulze jedoch bewies auch hier eine Zähigkeit, die ihr bereits aus Nordrhein-Westfalen nachgesagt wurde. Dort ist es ihr als Forschungsministerin gelungen, gegen den

Widerstand der Hochschulrektoren die Macht der Universitäten zu begrenzen. Heute wird sie wohl einen Preis für CO₂ verkünden können. Das es sich dabei nicht um eine Steuer, wie zunächst gefordert, sondern einen CO₂-Handel handelt, ist dabei längst zweitrangig.

Den Erfolgen zum Trotz wird Schulze in der Hauptstadt immer noch oft belächelt. Das hat weniger mit fehlender Kompetenz zu tun, sondern vielmehr mit einem fragwürdigen Bild davon, wie Politiker zu sein haben. Schulze ist für Berliner Verhältnisse schlichtweg zu nett. „Selbst grobe Unverschämtheiten wehrt sie mit einer Selbstbeherrschung ab, die allenfalls Zen-Buddhisten aufbringen. Kontrollverluste der SPD-Politikerin sind nicht überliefert“, schrieb die Westdeutsche Allgemeine Zeitung mal über sie.

Bei ihren Angestellten kommt das an: Ministeriumsmitarbeiter schwärmen von ihr als der angenehmsten Chefin seit Norbert Röttgen. Zur Weiberfastnacht streifte sie mit Wolkstüm und einem Schild durchs BMU. Darauf stand: „Bitte nicht erschießen.“